

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Statistik über KGB

(spk/dpa) Dem Terror des sowjetischen Geheimdienstes sind von 1917 bis 1990 Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Dies geht aus einer statistischen Untersuchung hervor, die der neue KGB-Chef Wadim Bakatin nach Angaben des deutschen Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» von Experten erstellen liess.

Brand in Asylbewerberheim

Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in Stuttgart haben in der Nacht zum Samstag 20 der 26 Bewohner Rauchvergiftungen erlitten. Nach Angaben der Polizei war das Feuer im Erdgeschoss des Gebäudes ausgebrochen. Die meisten Heiminsassen hatten sich in einem Anbau in Sicherheit gebracht.

Diepgen bestätigt

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (50) bleibt Vorsitzender der Christdemokraten (CDU) in der deutschen Hauptstadt. Auf dem CDU-Regionalparteitag im vereinigten Berlin wurde Diepgen, der seit 1983 an der Spitze der CDU in West-Berlin stand, am Wochenende mit grosser Mehrheit im Amt bestätigt.

Sturm auf Polizeigebäude und Gefängnis: Über 7000 Besucher

Grossandrang am «Tag der offenen Tür» im Neubau Polizeigebäude, Untersuchungsgefängnis und MFK – Offizielle Eröffnung am Freitag

(mö) – Das neue Gebäude der Landespolizei ist am Samstag regelrecht «gestürmt» worden: Über 7000 Besucherinnen und Besucher nutzten nach Auskunft von Polizeichef Werner Marxer den «Tag der offenen Tür» zur Besichtigung des Bauwerks, das am Freitagabend im Beisein von rund 120 geladenen Gästen aus dem In- und Ausland, unter ihnen auch Mitglieder der Regierung und des Landtags, offiziell eröffnet und eingeweiht worden war. Das Hauptaugenmerk galt ohne Zweifel der beeindruckenden Einsatzzentrale der Polizei sowie vor allem dem neuen Untersuchungsgefängnis, das vor drei Wochen in Betrieb genommen wurde. Der Rundgang führte ausserdem durch die neue Prüfhalle und den Kundentrakt der Motorfahrzeugkontrolle, die nun ebenfalls optimale Arbeitsbedingungen vorfindet. Der gesamte Baukomplex ist innerhalb der letzten drei Jahre entstanden, die Kosten belaufen sich auf 41,4 Mio Franken.

Die offizielle Eröffnungsfeier, von einer vierköpfigen «Hausmusik» der Landespolizei wirkungsvoll umrahmt, nahmen Gebäudebenutzer, Projektanten und Regierungschef Hans Brunhart als Vertreter der Bauherrschaft insbesondere

zum Anlass, um nach allen Seiten zu danken. Polizeichef Werner Marxer unterstrich in seiner Begrüssung, dass dieses perfekte Haus dem Mut und vor allem dem Weitblick der Politiker in Regierung und Landtag zu verdanken sei, welche die dafür benötigten finanziellen Mittel bewilligt hätten. Das nach seiner Ansicht äusserst moderne, zukunftsorientierte und in jeder Beziehung ideale Gebäude, das keine Wünsche mehr offen lasse, dokumentiere auch den hohen Stellenwert, den man in Liechtenstein der Sicherheit zukommen lasse. Die Polizei werde sich bemühen, die umfangreiche und hochkomplexe Technik, die das neue Gebäude in sich berge, stets zum Wohle der Menschen einzusetzen. Das grösste Mass an Technik könne jedoch die kompetenten Mitarbeiter nicht ersetzen. Nach vielen Jahren, in denen man mit ständig zunehmender Raumnot konfrontiert gewesen sei, stünden den Mitarbeitern nun ideale Arbeitsplätze zur Verfügung, was sich zweifellos auch auf die Leistung auswirken werde. Sein Dank galt diesbezüglich auch der internen Arbeitsgruppe der Landespolizei, die mit grossem Einsatz sehr wesentlich dazu beigetragen habe.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Im Beisein von rund 120 geladenen Gästen ist am Freitagabend der Neubau Polizeigebäude, Untersuchungsgefängnis und Motorfahrzeugkontrolle offiziell eröffnet worden. Angesichts der Technikintensität im Hause überreichte Architekt Hubert Ospelt (links) keinen Schlüssel, sondern ein Grossausgabe des amtlichen Ausweises, der zur Türöffnung benötigt wird. Empfänger waren Regierungschef Hans Brunhart, MFK-Vorstand Manfred Schurti und Polizeichef Werner Marxer. (Bild: Roland Korner)

Marktwirtschaft – ist das die Zukunft für die Landwirtschaft?

Diskussionsveranstaltung der Vereinigung bäuerlicher Organisationen (VBO) über die EG- und EWR-Verhandlungen sowie das GATT-Abkommen

(G.M.) – «Wir wissen noch nicht, wohin die Landwirtschaftspolitik der Zukunft geht, doch wir müssen über diesen Weg entscheiden.» Mit diesen Worten schloss Dr. Ernst Walch, Präsident der Vereinigung bäuerlicher Organisationen (VBO), am Samstag nachmittag in Vaduz eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, die dem Thema «EG/EWR- und GATT-Verhandlungen, Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft» gewidmet war. An der Veranstaltung, in deren Mittelpunkt das Referat von Dr. Erich Geiersberger (Deutschland) stand, nahmen neben den Vorsitzenden der verschiedenen Bauernorganisationen und zahlreichen interessierten Landwirten und Nicht-Landwirten auch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als zuständiger Ressortinhaber für Landwirtschaft, sowie Julius Ospelt, der Leiter des Landwirtschaftsamtes, teil.

Zahlreiche Fragen stehen derzeit im Bereich der Landwirtschaft im Raum, betonte Dr. Ernst Walch, VBO-Präsident, bereits bei seiner Begrüssung. Die Fragen blieben aber auch nach dem Vortrag und nach der Diskussion offen, doch regte das Referat von Dr. Erich Geiersberger zum Nachdenken an, was sich anschliessend in der Diskussion in spontanen Äusserungen zeigte und sich zweifellos noch weiter in einer Langzeitwirkung zeigen wird.

Marktwirtschaft im Mittelpunkt

Der Referent, der sich weitgehend auf deutsche und teilweise europäische Landwirtschaftspolitik beschränkte, setzte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Durchsetzung der Marktwirtschaft in der Landwirtschaft, damit diese auch in Zukunft in den verschiedenen Regionen überleben könne. Er rief die Landwirte dazu auf, sich zum Unternehmer zu entwickeln, anstatt weiterhin auf staatliche Subventionen zu warten. Zudem betonte er in seinen rhetorisch hervorragenden Äusserungen immer wieder, dass die Alternative zur heutigen Tätigkeit der Landwirte mit ihrem Hang zur Eigenständigkeit die Partnerschaft darstelle. Verschiedene von ihm genannte Beispiele zeigten Möglichkeiten auf, wie diese Partnerschaft, eingebettet in eine Marktwirtschaftspolitik, funktionieren könnte.

Der Bauer als Unternehmer

Das Modell des bäuerlichen Familienbetriebs, mit dem allein die ganze Arbeit

mit einem eigenen Maschinenpark bewältigt werde, bezeichnete Geiersberger als Irrtum. Der «Stolz auf die eigene Maschine» müsse von den Landwirten überwunden werden, forderte er und gab zu verstehen, dass auch für die Bauern der unternehmerische Grundsatz gelte: Mit möglichst geringem Einsatz den grösstmöglichen Ertrag zu erwirtschaften! Seine Ausführungen, die auf Erfahrungswerten aus Deutschland, den USA, aber auch den Niederlanden und Neuseeland beruhten, aus denen er Schlussfolgerungen und Weleitungen für unsere Landwirtschaft zog, riefen nicht nur Zustimmung hervor. Insbesondere seine These, dass die Landwirtschaft der Zukunft eine Nischenpolitik zu betreiben habe, beispielsweise durch die Nutzung der Landwirtschaftsflächen als Golfplätze oder Erholungsräume für Touristen, forderte in der Diskussion teilweise Widerspruch hervor. Übereinstimmung herrschte jedoch über seine Forderung, dass die

Landwirtschaft der Zukunft der «Landbewirtschaftung», nicht aber der Produktion von Überschüssen zu dienen habe.

Ein Staat braucht Landwirtschaft

Während das Referat von einer Landwirtschaft ausging, die bereits in der EG integriert ist, standen im Verlaufe der Diskussion auch Aspekte der liechtensteinischen Landwirtschaft im Vordergrund, sofern Liechtenstein dem EWR beitreten sollte. Ein EWR-Beitritt wird, erklärte Dr. Erich Geiersberger, unterstützt von Dr. Benno Beck und Toni Jäger vom Amt für Volkswirtschaft, keine entscheidenden Änderungen bringen, da die Landwirtschaftspolitik weitgehend ausgeklammert bleibe. Ein EG-Beitritt hingegen, unterstrich Geiersberger, bedeute eine Öffnung der Grenzen, bedeutete Konkurrenz für Produkte, die in anderen Ländern bedeutend billiger angeboten würden.

In einer Stellungnahme erklärte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille Vergleiche mit anderen Staaten für problematisch und betonte, dass ein Staat seine Landwirtschaft nicht aufgeben dürfe. Landschaftspflege allein ist nach seinen Worten keine Perspektive für eine Landwirtschaftspolitik in der Zukunft, denn Landwirtschaft müsse auch der Produktion dienen. Sofern im Sinne der angesprochenen Nischenpolitik die Alternative zur heutigen Landwirtschaft in unserem Land nur die Bereitstellung von Erholungsflächen darstelle, hat die Landwirtschaftspolitik nach seinen Worten keine Perspektive für die Zukunft.

Dr. Erich Geiersberger warnte in diesem Zusammenhang vor weiterer staatlichen Hilfen zur Stützung der Landwirtschaft, gab jedoch in einem Anflug von Humor und Sarkasmus zu verstehen: «Wir haben das Potential an Dummheiten in der Landwirtschaftspolitik noch lange nicht ausgeschöpft.»

Traditionelle Jungbürgerfeier im Ruggeller Gemeindesaal



Für mehrere hundert Damen und Herren des Jahrganges 1971 war der vergangene Samstag ein besonderer Tag. Auf Einladung der Fürstlichen Regierung feierten sie im Gemeindesaal von Ruggell ihre Volljährigkeit. Zuvor waren die jungen Leute zusammen mit den Gemeindevorstehern Gäste auf Schloss Vaduz, wo es reichlich Gelegenheit gab, mit Fürst Hans Adam und Fürstin Marie zu plaudern (unser Bild). Mehr über die Jungbürgerfeier lesen Sie auf Seite 3 sowie auf den Seiten 8 und 9. (Bild: Alfons Kieber)

USA und China erzielen Fortschritte

Peking (AP) Kurz vor der Abreise von US-Aussenminister James Baker aus Peking haben die USA und China am Sonntag doch noch Vereinbarungen in Menschenrechts- und Handelsfragen sowie bei der Nichtverbreitung von Atomwaffen erzielt. Baker sagte nach einem Gespräch mit dem chinesischen Aussenminister Qian Qichen, die Führung in Peking habe sich bereit erklärt, Einzelheiten über Personen mitzuteilen, die auf einer Liste von 800 politischen Gefangenen stehen, die die USA in diesem Jahr in Peking übergeben hatten. Qian sagte allerdings nicht zu, inhaftierte Gegner der Pekinger Führung auf freien Fuss zu setzen.

Baker zufolge versicherte Qian, dass sich China an internationale Grundsätze bei der Weitergabe von Raketentechnologie halten wolle. Dies wurde aber von der Aufhebung amerikanischer Sanktionen gegen zwei chinesische Handelsgesellschaften und die Lizenzfertigung von US-Hochgeschwindigkeitsrechnern in China abhängig gemacht. Qian sagte nicht, ob Peking den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unterzeichnen werde.



huber

schmuck · uhren · juwelen
Städtle 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz / Liechtenstein